

Für einen effektiven Schutz der Presse- und Informationsfreiheit

RSF-Handlungsempfehlungen für die nächste Legislaturperiode

Die Pressefreiheit steht weltweit, aber auch in Deutschland immer stärker unter Druck. Der Wert der freien und unabhängigen Presse als wichtige Säule der Demokratie ist fest im Grundgesetz verankert. Dennoch gibt es bedenkliche Entwicklungen: Zweifel an der Glaubwürdigkeit (Stichwort "Lügenpresse") werden gezielt von populistischen und rechtsextremen Akteuren verstärkt. Gewalttätige Übergriffe auf Reporter*innen gehören bei vielen Demonstrationen mittlerweile zum Alltag. In manchen Regionen drohen [Nachrichtenwüsten](#). Journalist*innen, die in Deutschland im Exil leben, erleben staatliche Repressionen aus ihren Heimatländern. Zugleich hat in den vergangenen Jahren der Gesetzgeber zahlreiche Sicherheitsgesetze verschärft und damit Präzedenzfälle für eine Überwachung auch derer geschaffen, die mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Debattenkultur leisten.

Pressefreiheit zu schützen, bedeutet nicht nur, dafür zu sorgen, dass Medien keine Repressionen erfahren, sondern auch, politische Rahmenbedingungen für eine möglichst vielfältige und unabhängige Medienberichterstattung aktiv zu gestalten. In diesem Sinne hat Reporter ohne Grenzen (RSF) die nachfolgenden Empfehlungen mit Blick auf die nächste Legislaturperiode erstellt. Wir stehen für einen Austausch zu den einzelnen Empfehlungen gerne zur Verfügung.

Berlin, den 22. Januar 2025

Reporter ohne Grenzen e.V., Lisa-Maria Kretschmer, Leitung Advocacy
Kontakt: lisa.kretschmer@reporter-ohne-grenzen.de

Empfehlungen im Überblick

1 Schutz von Journalist*innen garantieren	2
2 Pressefreiheit in der Digital- und Sicherheitspolitik stärken	2
3 Journalismus stärken: für Demokratie und gegen Desinformation	3
4 Exiljournalist*innen schützen und unterstützen	4

1 Schutz von Journalist*innen garantieren

RSF fordert Politiker*innen auf, Journalist*innen vor Gewalt und Bedrohungen zu schützen. Konkret muss die Bundesregierung:

- **Journalist*innen bei Demonstrationen schützen:** Die zukünftige Bundesregierung muss sicherstellen, dass Journalist*innen bei Veranstaltungen ohne Einschränkungen arbeiten können. Denkbar ist eine bundesweit koordinierte Initiative zur Ernennung von Verbindungsbeamt*innen für Einsätze bei öffentlichen Versammlungen, mit klaren Aufgaben und Verantwortlichkeiten.
- **Einschüchterungsklagen gegen Journalist*innen eindämmen:** SLAPPs (Strategic Lawsuits against public participation) werden gerade von rechten Akteuren zunehmend genutzt, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Die [EU-Anti-SLAPP-Richtlinie](#) muss schnell in deutsches Recht umgesetzt werden. Gerichte sollten Klagefälle proaktiv auf Rechtsmissbrauch prüfen und entsprechende Schutzmaßnahmen ergreifen. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen [No-SLAPP-Anlaufstelle](#) muss langfristig gesichert werden.
- **Die Pressefreiheit in der Polizeiarbeit verankern:** Hierzu braucht es neben dem politischen Dialog zwischen der Bundes- und Länderebene auch konkrete Maßnahmen wie die verbesserte Schulung von Polizeipersonal. Die Innenministerkonferenz sollte eine Arbeitsgruppe einrichten, die Best Practices im Umgang mit Angriffen gegen Journalist*innen aufnimmt und regelmäßig Vorschläge zur Weiterentwicklung von Schutzkonzepten macht. Ein einheitlicher Mindeststandard für die Aus- und Fortbildung von Polizist*innen sollte verpflichtend umgesetzt werden.
- **Den Schutz von Journalist*innen als Weiterbildungsthema setzen:** In Anlehnung an die [EU-Empfehlungen zur Sicherheit von Journalist*innen](#) sollte die Bundesregierung Weiterbildung für alle Berufe ermöglichen, die mit dem Schutz von Journalist*innen und Medienschaffenden befasst sind. Pressefreiheit sollte integraler Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von u.a. Strafverfolgungsbehörden, Richter*innen und Staatsanwaltschaften werden.

2 Pressefreiheit in der Digital- und Sicherheitspolitik stärken

RSF fordert Politiker*innen auf, Journalist*innen und ihre Quellen besser vor Überwachung durch Nachrichtendienste zu schützen. Konkret muss die Bundesregierung:

- **Sicherheitsgesetze grundrechtskonform umsetzen.** Dafür muss die Überwachungsgesamtrechnung verstetigt und eine Freiheitskommission etabliert werden, um die Auswirkung von Sicherheitsgesetzen auf Grundrechte wie die Privatsphäre

unabhängig zu bewerten. Alle Sicherheitsbehörden, einschließlich der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich ZITIS, benötigen eine gesetzliche Grundlage.

- **Kontrolle der Nachrichtendienste stärken:** Das Bundesverfassungsgericht hat 2024 die Befugnisse des Bundeskriminalamts (BKA) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) erneut für verfassungswidrig erklärt - demnach sammeln die Dienste zu viele Daten, werden aber nur unzureichend kontrolliert. Es braucht eine Aufsichtsstruktur, ausgestattet mit effizienten Kontrollbefugnissen und Ressourcen, die Mechanismen zum Grundrechtsschutz überprüfen, den technischen Entwicklungen Rechnung tragen und missbräuchliche Überwachung aufdecken kann.
- **Kompromisslos gegen invasive Überwachungssoftware vorgehen:** Mit Überwachungssoftware wie Pegasus und Predator werden Medien weltweit überwacht. Die Verantwortlichen kommen oft straffrei davon. Um diese Praxis einzudämmen, muss allen deutschen Behörden die Nutzung solcher invasiven Überwachungssysteme verboten werden. Verantwortliche Firmen und ihre Förderer müssen streng sanktioniert werden. Werden Medien überwacht, müssen diese Fälle aufgeklärt werden. Betroffene müssen sich zudem juristisch wehren können. Für den Verkauf, den Einsatz und die Weitergabe invasiver Überwachungssoftware braucht es ein sofortiges internationales Moratorium.
- **Recht auf Verschlüsselung einführen:** Journalist*innen müssen sicher kommunizieren können. Die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung darf nicht durch staatliche Hintertüren gefährdet werden. Es braucht ein nutzer*innenfreundliches Recht auf Verschlüsselung, das dem digitalen Briefgeheimnis verlässlich gerecht wird.

3 Journalismus stärken: für Demokratie und gegen Desinformation

RSF fordert Politiker*innen auf, Medienvielfalt und redaktionelle Unabhängigkeit zu stärken. Das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA) muss umfassend angewandt werden. Konkret muss die Bundesregierung:

- **Die Sichtbarkeit des professionellen Journalismus verbessern:** Medien, die professionelle Standards wie etwa die Journalism Trust Initiative (JTI) einhalten, sollten in Algorithmen bevorzugt werden. Damit werden journalistische Inhalte auf digitalen Plattformen sichtbarer und Desinformationen bekämpft.
- **Eine plattformneutrale Journalismusförderung auf den Weg bringen:** In Zeiten von Desinformation und Propaganda wird es immer wichtiger, sich aus verschiedenen Quellen informieren zu können. RSF plädiert für eine Journalismusförderung, die an Qualitäts- und Diversitätskriterien gebunden ist, digitale und gedruckte Angebote umfasst und die Medienvielfalt stärkt.
- **Non-Profit-Journalismus als gemeinnützig anerkennen:** Gemeinnütziger Journalismus muss in der Abgabenordnung festgeschrieben werden, um Finanzierungswege zu öffnen und Rechtssicherheit zu schaffen.

- **Mehr Eigentümer*innen-Transparenz herstellen:** Medienvertrauen basiert auf Transparenz. RSF fordert eine Medieneigentümer*innen-Datenbank, die Informationen über Finanzierung und Eigentumsverhältnisse privater Medien enthält. Die Organisation fordert zudem eine Offenlegung staatlicher Zahlungen an Medien.
- **Das Medienkonzentrationsrecht reformieren:** Die Auswirkungen von Medienzusammenschlüssen auf Medienvielfalt und redaktionelle Unabhängigkeit sollten wissenschaftlich beobachtet werden. Dieses Monitoring sollte den Meinungsbildungsprozess als regulatorisches Schutzgut in den Mittelpunkt der Analyse stellen.

Außerdem muss die Bundesregierung mittels des Digitale-Dienste-Gesetzes (DDG) hohe Standards für Anbieter digitaler Dienste setzen, u.a. für Plattformen wie Facebook oder Youtube. Das gilt besonders für die Löschung von Inhalten, die Strukturierung von Nachrichten in Newsfeeds, den Umgang mit digitaler Gewalt und die Verbreitung von Desinformation. Konkret muss die Bundesregierung:

- **Die DDG-Koordinierungsstelle mit ausreichend Mitteln ausstatten:** Journalist*innen und alle anderen Internet-Nutzer*innen müssen sich effektiv gegen gesperrte Konten und Beiträge wehren können.
- **Eine grundrechtskonforme Regelung bei Datenweiterleitungen an das Bundeskriminalamt festsetzen:** Der DSA sieht vor, dass Plattformen proaktiv Daten an das Bundeskriminalamt (BKA) übermitteln können, wenn ein Verdacht auf Straftaten besteht, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt. Welche Straftaten damit genau umfasst sind, bleibt vage. Straftatbestände müssen abschließend definiert und auf das absolut Notwendigste eingeschränkt werden. Das gibt den Diensteanbietern eine Orientierung und soll verhindern, dass die Grundrechte von Journalist*innen unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

4 Exiljournalist*innen schützen und unterstützen

RSF fordert Politiker*innen auf, Exiljournalist*innen zu schützen und ihre Arbeit zu unterstützen. Konkret muss die Bundesregierung:

- **Aufnahme von schutzbedürftigen Journalist*innen ermöglichen:** Journalist*innen werden weltweit inhaftiert, entführt und ermordet. Sie sollten künftig unbürokratisch und mit ihrer Familie nach Deutschland kommen können. Dafür sollten die Behörden ihnen humanitäre Visa ausstellen. Auch gut ausgestaltete humanitäre Aufnahme- und Schutzprogramme können Leben retten und das Asylrecht ergänzen.
- **Wirksam gegen Transnationale Repression (TNR) vorgehen:** Autoritäre Regime verfolgen Exiljournalist*innen auch im Ausland. Die Bundesregierung sollte eine Koordinierungsstelle für diese sogenannte Transnationale Repression einrichten, die Fälle in Deutschland dokumentiert und Handlungsempfehlungen ausspricht. Diese Stelle sollte TNR als Menschenrechtsproblem und Sicherheits herausforderung anerkennen und

die relevanten Ministerien vernetzen. Mittelfristig sollten Meldestellen für Betroffene eingerichtet werden. Zudem sollte die Bundesregierung ihre diplomatischen Bemühungen für den weltweiten Schutz von Journalist*innen verstärken.

- **Exiljournalismus stärken:** Der Kampf gegen Propaganda und Desinformation kann nicht mit Medienverboten und Faktenchecks gewonnen werden. Entscheidend ist, den Zugang zu vielfältigen, verlässlichen Informationen zu verbessern. Exiljournalist*innen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. In Ländern mit eingeschränkter Pressefreiheit sind ihre Recherchen oft die einzigen unabhängigen Informationen für die Weltöffentlichkeit und das lokale Publikum. Je gravierender die Einschränkungen der Pressefreiheit, desto mehr sollte unabhängiger Exiljournalismus durch Infrastruktur-, Vernetzungs- und Produktionsförderung unterstützt werden. Initiativen wie der [JX Fund - European Fund for Journalism in Exile](#) sollten weiter unterstützt werden.

Weiterführende Informationen:

- [Nie mehr mundtot: Journalist*innen wirksam vor juristischer Einschüchterung schützen. RSF-Stellungnahme zur Umsetzung der EU-Richtlinie über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren \(„strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“\)](#)
- [RSF-Stellungnahme zur nationalen Anwendung der Vorgaben des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes, EMFA.](#)